

Staatliche und Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			19. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 04.08.2017	Sitzungsbeginn: 15:05 Uhr	Sitzungsende: 16:55 Uhr	Sitzungsort: Haus der Bürgerschaft, Sitzungsraum II
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Klaus Möhle (Sprecher der Deputation)			

Herr Möhle eröffnet die gemeinsame Sitzung der staatlichen und städtischen Deputation und begrüßt deren Mitglieder, Sachverständige und Gäste.

Die Fraktion der Linken stellt den Antrag, die Beschlüsse zu 5, 6, 7 und 12 der Vorlage 167/19 S (Mitwirkung der Ortsämter an der Aufstellung der Haushalte 2018/19) auszusetzen und hierüber im Umlaufverfahren zu beschließen. Die Fraktion der Linken und der CDU stimmen für den Antrag, die Vertreter der SPD und von Bündnis 90 / Die Grünen stimmen dagegen, der Vertreter der FDP enthält sich.

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Aufstellung der Haushalte 2018/2019
(Vorlage Nr. 80/19 L und 166/19 S)
2. Mitwirkung der Ortsämter an der Aufstellung der Haushalte 2018/19
(Vorlage Nr. 167/19 S)
3. Verschiedenes

TOP 1: Aufstellung der Haushalte 2018/2019

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein und stellt das Aufstellungsverfahren des Senates dar. Der Entwurf setze Schwerpunkte. Im Bereich Kinderschutz werde sie sich darüber hinaus noch dafür einsetzen, dass es zu einer Änderung für das Bremer JungenBüro kommt. Sie bietet den Fraktionen Vertiefungstermine zum Haushalt an und bittet, sich hierzu an das Senatorinnenbüro (Dr. Lukaßen) zu wenden. Aufgrund der Erstellung und Verschickung der Vorlage in der Ferienzeit konnten diese Termine nicht im Vorfeld angeboten werden.

Die Verwaltung stellt die einzelnen Bereiche des Haushaltsentwurfes dar und weist auf die geänderte Darstellungsform bzgl. des Landeshaushalts und des Haushalts der Stadtgemeinde Bremen hin. Um eine Vergleichbarkeit mit vorherigen Haushalten zu ermöglichen, wurde eine entsprechende Darstellungsform in der Vorlage gewählt.

Im Anschluss beantwortet die Verwaltung Verständnisfragen der Deputierten. An der Debatte beteiligen sich Frau Grönert (Fraktion der CDU), Herr Erlanson (Fraktion Die Linke), Herr Tuncel (Fraktion Die Linke), Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen), Herr Möhle (Fraktion der SPD), Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP), Frau Ahrens (Fraktion der CDU) und Frau Krümpfer (Fraktion der SPD).

Frau Grönert (Fraktion der CDU) weist in der folgenden Diskussion daraufhin, dass ihre Fraktion die Vorlage ablehnen werde. Die CDU würde andere Schwerpunkte setzen und diese u.a. durch eine weitgehende Streichung von Mitteln für kostenlose Empfängnisverhütung finanzieren. Die angenommenen Steigerungsraten bei den Sozialleistungen würden zu niedrig sein und in vielen Bereichen erforderliche Steigerungen nicht erfolgen. Ein konkreter Investitions- und Stellenplan würde fehlen.

Herr Erlanson (Fraktion Die Linke) kritisiert die zu niedrigen Steigerungsraten bei den Sozialleistungen und fordert für seine Fraktion höhere Mittel im Bereich der Offenen Jugendarbeit und Altenarbeit. Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) bekräftigt die Kritik und erklärt, dass seine Fraktion in der Bürgerschaft entsprechende Änderungsanträge mit Finanzierungsvorschlägen stellen werde.

Herr Möhle (Fraktion der SPD) weist auf das Spannungsverhältnis zwischen Wünschenswertem und der Haushaltssituation hin. Der Senat habe einen guten Entwurf vorgelegt, der dieser Rechnung trage. Frau Görgü-Philipp (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) schließt sich dem an und betont, wie wichtig die Fortführung des Integrationsbudgets sei.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) wünscht dem Senat, dass dessen Annahmen bei den Steigerungen zutreffen, er bezweifelt dies jedoch. Seine Fraktion hätte in Teilen andere Schwerpunkte gesetzt und werde dies in den Beratungen in der Bürgerschaft deutlich machen. Die Absicherung im Bereich der Empfängnisverhütung mit 200.000 € wird von ihm jedoch ausdrücklich begrüßt. Er erklärt, dass seine Fraktion den Beschlusspunkten 3 und 4 nicht zustimmen werde.

Frau Gerking (LAG) begrüßt die umgesetzte und im letzten Jahr beschlossene Erhöhung im Bereich der Schulgelder bei der Altenpflege. Es sei wichtig, dass die Bezahlung der Lehrkräfte an den Pflegeschulen verbessert werde. Frau Senatorin Stahmann bekräftigt, dass an diesem Ziel weiter gearbeitet werde.

Frau Bogacki (BRI) bittet darum, dass auch der Bereich der bestehenden Programme im Themenfeld Integration zukünftig abgesichert wird.

Beschluss

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt einstimmig:

1. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Haushaltsentwürfe 2018 und 2019 Land für den Produktplan Jugend und Soziales zur Kenntnis.

Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt mit den Stimmen der SPD, von Bündnis 90/ Die Grünen und Der Linken gegen die Stimmen der CDU und der AfD bei Enthaltung der FDP:

2. Die staatliche Deputation für Soziales, Jugend und Integration bestätigt die Feststellungen zur Darlegung der Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV.

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt:

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Haushaltsentwürfe 2018 und 2019 Stadtgemeinde für den Produktplan Jugend und Soziales zur Kenntnis.

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration beschließt mit den Stimmen der SPD, von Bündnis 90/ Die Grünen und Der Linken gegen die Stimmen der CDU und der AfD bei Enthaltung der FDP:

2. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration bestätigt die Feststellungen zur Darlegung der Zulässigkeit der Ausgaben nach Art. 131 a BremLV.

TOP 2: Mitwirkung der Ortsämter an der Aufstellung der Haushalte 2018/19

Frau Gerking (LAG) kritisiert die Beschlussempfehlung für den Jugendhilfeausschuss (JHA) bei einzelnen Punkten. Eine Befassung des JHA vor der Deputation sei fachlich geboten und auch Aufgabe des Gremiums.

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und entschuldigt sich, dass bei einzelnen Beschlusspunkten aufgrund eines Büroversehens für den JHA eine Beschlussfassung steht. Dieser nehme die Vorlage nur zur Kenntnis und eine Beschlussfassung damit nicht erforderlich.

Frau Grönert (Fraktion der CDU) erklärt, dass sich die CDU enthalten werde. Es habe zu wenig Zeit bestanden, um die einzelnen Anträge genauer zu prüfen und zu bewerten.

Herr Tuncel (Fraktion Die Linke) hätte sich eine frühere Information über die Anträge gewünscht und verweist auf den Antrag zu Beginn der Sitzung.

Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP) betont die wichtige fachliche Funktion, die der JHA einnehme.

Herr Möhle (Fraktion der SPD) verweist auf den engen Zeitplan und die Ferienzeit. Eine Befassung des JHA im Vorfeld hätte nur mit einer Sondersitzung in den Ferien stattfinden können. Hiervon sei zu Recht Abstand genommen worden.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beschließt mit den Stimmen der SPD und von Bündnis 90 / Die Grünen bei Enthaltung der CDU, FDP und AfD. Die Fraktion Die Linke lehnt die Beschlüsse zu 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 15, 16 und 18 ab und stimmt den Beschlüssen zu 9, 14, 16 und 17 zu.

TOP 3: Verschiedenes

Keine Themen

Sprecher

Protokollführer